

Neue Heimat für die Präsidententochter

Die Milliardärin Dinara Kulibayeva lebt unter fragwürdigen Umständen in der Schweiz – Ihr Vater ist der kasachische Staatschef

Von Markus Häflinger

BERN - Für Schlagzeilen sorgte Dinara Kulibayeva erstmals Anfang 2010. Damals wurde bekannt, dass die Tochter des Präsidenten von Kasachstan, Nursultan Nasarbajew, im Genfer Vorort Anières eine Villa für umgerechnet 61 Millionen Euro erworben hatte. Der sagenhaft hohe Kaufpreis schlug damals in den Medien hohe Wellen. Und noch etwas löste damals Fragen aus: Wie kommt es, dass eine kasachische Staatsangehörige in der Schweiz überhaupt eine Aufenthaltsbewilligung besitzt – zumal normalerweise für nichteuropäische Zuwanderer hohe Hürden bestehen?

Auch Politiker nahmen das Thema auf, und der sozialdemokratische Genfer Nationalrat Carlo Sommaruga wollte vom Bundesrat wissen, ob bei Kulibayeva alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Er wurde von der damaligen Justizministerin beruhigt. Kulibayeva erfülle alle Bedingungen, um hier zu leben und Immobilien zu erwerben, erklärte Eveline Widmer-Schlumpf im Juni 2010 in der Fragestunde des Nationalrats. Damit schien der Fall erledigt.

Doch jetzt liegen laut der Neuen Zürcher Zeitung Dokumente vor, die zeigen, dass die Präsidententochter damals nur dank Versprechen in die Schweiz kam, die nie eingehalten wurden. Offiziell geben die Behörden zu solchen Fällen keine Auskunft; im Fall von Kulibayeva lässt sich dank der Dokumente aber rekonstruieren, mit welcher undurchsichtigen Manövern sie ihre erste Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz bekam.

Undurchsichtige Manöver

Ihre erste Aufenthaltsbewilligung erhielt Kulibayeva im Tessin. Es war eine Kurzaufenthaltsbewilligung für 120 Tage im Jahr. Solche Bewilligungen erhalten Nicht-EU-Ausländer nur unter gewissen Bedingungen, etwa wenn sie hochqualifizierte Spezialisten sind. Auf eine solche Ausnahmebestimmung berief sich damals auch Kulibayeva: Angeblich wollte sie in die Schweiz kommen, um als Direktorin für die Firma Viled International in Lugano zu arbeiten. Diese Firma war erst kurz vorher, im Mai 2006, im Handelsregister eingetragen worden. Offiziell war Viled die Tochterfirma einer kasachischen Firma, die Boutiquen für Uhren, Schmuck und Mode betreibt.

Im Verwaltungsrat der neu gegründeten Tessiner Filiale saßen Stefano Camponovo, ein Tessiner Treuhänder mit 50 Verwaltungsratsmandaten, sowie der Anwalt Edy Grignola. Am 11. August 2006 schrieben die beiden dem kantonalen Amt für aus-



Milliardärin Dinara Kulibayeva ist die mittlere Tochter des kasachischen Präsidenten: Öffneten sich deshalb für sie die Türen in die Schweiz? FOTO: OH

ländische Arbeitskräfte einen Brief, in dem sie die Zukunft ihrer Firma in den leuchtendsten Farben schilderten. Sie versprachen, Viled werde vom Tessin aus den ganzen europäischen Markt erobern, der Kanton werde hohe Steuereinnahmen erzielen, Viled werde schon zu Beginn zehn Mitarbeiter einstellen und später im Tessin sogar eigene Fabriken eröffnen. Viled werde, so hieß es in dem Brief, „einen bedeutenden und beträchtlichen Beitrag zur Wirtschaft und zum Image unseres Kantons leisten“.

Damit all diese Verheißungen Realität würden, brauche Viled aber einen Chef mit den nötigen Qualifikationen und Kenntnissen – und die habe nur eine: die Tochter von Nursultan Nasarbajew, dem Staatschef von Kasachstan. Als Beleg legten die Viled-Verwaltungsräte einen Arbeitsvertrag vor, gemäß dem Kuli-



Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew ist das Oberhaupt eines mächtigen Familienclans. Unser Bild zeigt ihn mit seiner Frau Sara, seiner Enkelin und seiner ältesten Tochter Dariga. FOTO: DPA

bayeva für umgerechnet 98 000 Euro im Jahr arbeiten würde – bescheiden für eine Frau, deren Vermögen auf über eine Milliarde Dollar geschätzt wird. Die Behörden arbeiteten rasch. In Kürze erhielt Kulibayeva die gewünschte Kurzaufenthaltsbewilligung; auch das Bundesamt für Migration gab sein Einverständnis. Und so wurde Dinara Kulibayeva, gebore-

ren am 19. August 1967 in Kasachstan, unter der Nummer 0698.5196/4 im Zentralen Ausländerregister eingetragen. Der Weg aus der kasachischen Steppe ins Tessin war damit offen. Doch bald gab es ein böses Erwachen. Denn Kulibayevas angeblich derart wichtiges Engagement bei Viled war von kurzer Dauer. Knapp 16 Monate später wechselte sie ihren

Aufenthaltsstatus: Am 21. April 2008 gaben ihr die Behörden eine Aufenthaltsbewilligung für ein ganzes Jahr. Möglich wurde dies, weil Anfang 2008 eine Änderung des Ausländergesetzes in Kraft getreten war, die Kulibayeva sofort in Anspruch nahm. Der neue Artikel 30 erlaubt es den Kantonen, Bewilligungen für längere Zeiträume zu erteilen, wenn es „wichtige öffentliche Interessen“ erfordern.

Scheinfirma für den Aufenthalt

Im Fall von Kulibayeva handelte es sich bei diesen Interessen um Steuer-einnahmen: Der Kanton schloss mit ihr ein Pauschalsteuerabkommen. Jetzt war offenbar auch die Firma Viled überflüssig geworden. Jedenfalls wurde 2011 die Liquidation der Firma eingeleitet, und im Dezember 2012 wurde sie aus dem Handelsregister gelöscht. Dass die Firma im Tessin jemals größere Tätigkeiten entfaltet hätte – darauf sind keine Hinweise bekannt.

War Viled nur ein Konstrukt, um eine Aufenthaltsbewilligung zu erschleichen? Oder hat Viled im Tessin doch irgendwelche Aktivitäten entwickelt? Diese und andere Fragen

wollte Stefano Camponovo, Ex-Verwaltungsratspräsident von Viled International, nicht beantworten. Der Multi-Verwaltungsrat aus Chiasso reagierte nicht auf Anfragen. Ließen sich die Tessiner Behörden täuschen? Diese Schlussfolgerung sei „möglich“, aber nicht zwingend, sagt Attilio Cometta, Chef der Sektion Bevölkerung in der Kantonsverwaltung. Man müsse Missbräuche bei Aufenthaltsbewilligungen zwar bekämpfen. Die Mittel der Behörden, um „Versprechen“ wie im Fall Viled zu überprüfen, seien jedoch limitiert, sagt Cometta, der 2007 noch nicht für das Dossier zuständig war.

Das Tessin profitierte nicht lange von der reichen Steuerzahlerin. Schon bald zog sie nach Genf weiter, wo sie Ende 2009 ihr 7960 Quadratmeter großes Anwesen erwarb. Schlecht für Kulibayeva: Unlängst wurde bekannt, dass sie nun wegen einer Angelegenheit in ihrer alten Heimat ins Visier der Justiz gerät. Die Genfer Staatsanwaltschaft behandelt eine Strafanzeige wegen Betrugsvorwürfen aus Kasachstan.

Mit freundlicher Genehmigung der NZZ

Herrscher Kasachstans: der Nasarbajew-Clan

Nursultan Nasarbajew war schon vor dem Fall des Eisernen Vorhangs Präsident der damaligen kasachischen Sowjetrepublik. 1990 ließ er sich im Amt bestätigen und baute in den Folgejahren seine Befugnisse weiter aus. Heute kann sich Nasarbajew so oft wählen lassen, wie er will. Das Parlament, das von seiner Präsidentenpartei kontrolliert wird, hat ihm vor zwei Jahren den Titel „Führer der Nation“ verliehen. Der Westen hofiert Kasachstan wegen seiner reichen Gas- und Ölvorkommen. Der 72-Jährige ist das Oberhaupt eines milliardenschweren Familienclans,

zu dem seine drei Töchter Dariga, Alija und Dinara sowie deren Ehemänner gehören. Es gilt als sicher, dass der Präsident sein Amt nur einem Mitglied seines Clans übertragen will. Doch der „Führer der Nation“ hat keinen Sohn. Deshalb wird spekuliert, ob ihm eine Tochter nachfolgt. Dinara ist die mittlere Tochter, sie sitzt in den Direktorien mehrerer Hochschulen, um hier die Vorstellungen ihres Vaters durchzusetzen. Ihr Mann leitet ein Wirtschaftsimperium. Das Paar gehört zu den Reichsten der Welt. Die jüngste Tochter des Präsidenten, Alija, ist mit einem Geschäftsmann

verheiratet. Eine Ehe mit dem Sohn des damaligen kirgisischen Präsidenten scheiterte. Eine Affäre hat der ältesten Tochter Dariga wohl die Chancen auf den „Thron“ verrietelt. Ihr Mann war durch die Verbindung zu ihr aufgestiegen, nutzte seine Macht aber, um andere Unternehmer unter Druck zu setzen. Er wurde verbannt und droht jetzt aus dem Ausland mit Enthüllungen über die kasachischen Machtstrukturen. Dariga gründete zwischenzeitlich eine eigene Partei, die aber schon wieder aufgelöst wurde. Auch ihre Ehe wurde auf Druck des Vaters geschieden. (sz)

Für Berliner Wasser fließt viel Geld

In der Hauptstadt liegt die Wasserversorgung seit Jahren in privater Hand – Dagegen regt sich Widerstand

Von Erich Nyffenegger

BERLIN – Die Speerspitze im Kreuz gegen die Privatisierung aller öffentlichen Aufgaben, die Berlin einst selbst verwaltet und betrieben hat, sitzt im Keller eines Reihenhauses im bürgerlichen Stadtteil Tegel. Sie heißt Gerlinde Schermer und wenn man sich mit ihr unterhält, könnte einem abwechselnd schwindlig sowie Angst und Bange werden. Und schon nach 20 Minuten beginnt dem Zuhörer der Kopf zu rauchen. Denn Frau Schermer ist gründlich und energisch, lässt nichts aus, und dabei bemüht sie sich auch noch um hohe Geschwindigkeit. Das Trommelfeuer aus Fakten und Daten, mit dem Frau Schermer um sich schießt, hat eine beängstigende Dichte. „Wir haben allen Grund, uns aufzuregen!“

In Berlin ist seit 1999 das vollzogen, was aufgrund von EU-Richtlinien bald überall in Deutschland passieren könnte: die Privatisierung der Wasserversorgung. „Das ist unser Thema, da kennen wir uns aus. Und da üben wir Druck aus“, sagt Gerlinde Schermer und haut mit der flachen Hand auf den Tisch, dass der Monitor ihres Computers wackelt. Schermer war selbst Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus – damals für die SPD. Und sie hat sich mit

vielen unangenehmen Fragen bereits zu Nachwende-Zeiten eine Menge Feinde gemacht. „Immer wenn wir wissen wollten, was dem Bürger die Privatisierung denn bringt, hat man mich als reaktionären Ossi hingestellt, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt. Die kamen immer mit der Sozialismus-Keule“, erinnert sich Schermer und will schon wieder mit der Hand auf den Tisch hauen.

Verträge offenlegen

Das Wasser ist nicht das Erste, was Berlin privatisiert hat: Strom, Gas, teilweise Bäder, Wohnungsbau – „aber beim Wasser haben die Menschen gesagt, hier ist eine Grenze überschritten. Jetzt ist Schluss.“ Denn Wasser sei Leben – hier könne der Bürger unmittelbar begreifen, dass es nicht richtig sei, zuzulassen, dass private Investoren damit Gewinne einstrichen. Und so haben sie und ihre Kollegen vom „Berliner Wassertisch“ jede Menge Unterstützer mobilisiert.

Ziel war zunächst per Bürgerentscheid durchzusetzen, dass die Verträge offen gelegt werden müssen. Nach jahrelangen Kämpfen vor Gericht hat die Initiative schließlich gesiegt – 2011 stimmten die Berliner mit einer märchenhaft hohen Mehrheit von 98,2 Prozent für die Offenlegung der Verträge und dafür, dass



Gerlinde Schermer will, dass sich die Stadt Berlin wieder selbst um das Wasser kümmert. FOTO: NYF

sich das Parlament damit befassen müsse. „Plötzlich haben sich Leute wie Klaus Wowereit von den Verträgen, die sie damals mitverhandelt haben, distanzieren“, sagt Gerlinde Schermer.

Auf Druck der Initiative hat Berlin sogar Anteile der Wasserbetriebe wieder von RWE zurückgekauft. Der private Betreiber Veolia hält nur noch 24,9 Prozent – „doch trotzdem hat Berlin nichts zu melden und profitiert nicht“, klagt Gerlinde Schermer. Denn das Offenlegen der Verträge habe teilweise mehr zur Verwirrung beigetragen, als die erhoffte Transparenz geschaffen.

Das weit verzweigte und unübersichtlich verknüpfte Vertragswerk stelle jedenfalls sicher, dass die privaten Investoren noch immer allein profitierten. Erst nach Ablauf von 30 Jahren könne Berlin wieder wirklich Herr über die Wasserbetriebe werden – das wäre am 31.12.2028. Vorher sei das praktisch unmöglich.

Aber was ist so schlimm an einer Wasserversorgung unter den Vorzeichen eines Public-Private-Partnership (PPP, siehe Kasten)? „Wir nennen das eher ‚Politik und Private plündern‘“, sagt Gerlinde Schermer. „Seit 2003 sind die Preise um 35 Prozent gestiegen“, belegt sie anhand von Abrechnungen. PPP sei Teufelszeug: „Der private Investor suggeriert, dass die Kommune, die ja kein Geld hat, sich alles leisten kann, in dem sie alles in private Hände legt.“ Dafür verpfände sie über 30 Jahre hinweg das Recht an öffentlichen Gütern. „Und die Politiker sagen, damit belasten wir die Generationen nicht, die nach uns kommen.“ Inzwischen hätten sich die Schulden von Berlin aber von damals 30 auf heute 60 Milliarden Euro verdoppelt. „Wie passt das zusammen?“, fragt Schermer.

Das Konzept aus Großbritannien

Konzept aus Großbritannien

Wo also liegt der Nutzen des Konzepts vom PPP, das ursprünglich aus Großbritannien stammt, wo es aber inzwischen auch mehrheitlich auf Ablehnung stößt? „Es gibt inzwischen eine Menge Studien, die Belegen, dass PPP nie, aber auch in keinem einzigen Fall, der öffentlichen Hand und damit den Bürgern genutzt hätte“, sagt Gerlinde Schermer. Sie will ihren Feldzug gegen das PPP jedenfalls weiter führen – denn sogar Bundesverkehrsminister Ramsauer denkt laut darüber nach, Teile des Autobahnnetzes zu privatisieren.

Doch bis dahin läuft noch viel Wasser die Spree hinunter. „Wasser, das früher mal den Bürgern gehört hat“, sagt Gerlinde Schermer und haut noch einmal auf den Tisch, dass es donnert.

Fakten zum PPP

Das Prinzip des PPP (Public-Private-Partnership oder auch Öffentlich-Private-Partnerschaft) ist einfach: Eine Kommune, deren Kassen leer sind, die aber zum Beispiel eine Schule sanieren muss, gibt diese Aufgabe an einen privaten Investor ab. Dieser verpflichtet sich, die Schule zu betreiben und erhält dafür Gebühren von der Kommune. Solche Verträge laufen über 20 bis 30 Jahre. Die Kommunen müssen also Investitionen nicht selbst tätigen – und umgehen auf die Weise zum Beispiel die Schuldenbremse, weil sie ja keine Kredite aufzunehmen brauchen. Wie hoch die Zahlungen sind, die an die privaten Partner fließen, wird in Verträgen, die meist geheim sind, festgelegt. Die Kalkulationen, die diesen Verträgen zugrunde liegen, sind intransparent – im Fall des Berliner Wassers haben das auch diverse Gerichte so bewertet. Kritiker sagen, die Verträge nützen nur den Investoren, die Risiken blieben immer bei der Kommune hängen. (nyf)